

227

225

231

221

236

216

276

176

326

126

726

Gibt es noch Censur?

Keiner müssen wir darauf Ja antworten, wenigstens ihr Anhängel, die Verkümmern des Zeitungsverkehrs durch die Post besteht fort. Aus den verschiedensten Ländern erhalten wir täglich Nachrichten, daß die Ausbreitung unseres Blattes systematisch verkümmert wird: man nimmt die Bestellungen an und führt sie nicht aus; man erklärt: man kenne das Blatt und seinen Preis nicht, könne also keine Bestellungen annehmen; man schlägt andere Blätter statt des unsrigen vor; man verlangt halbjähriges Abonnement, während das Blatt, an die Dauer der constituirenden Nationalversammlung geknüpft, eine so lange Vorausbestellung nicht verlangen kann, ohne seine Abnehmer zu pressen; u. s. w. Wir geben diese „Mitteltriede“ dem Urtheile der öffentlichen Meinung anheim und hoffen, Freund und Feind werden sich w nichtens darin die Hand reichen, diese Erneuerung des alten Unterdrückungssystems gegen die Presse nicht zu dulden, und die Post, welche das Publikum mit der ungerechtfertigten aller Abgaben schwer belaster, in die Schranke zurückweisen, die ihr gebührt: die viel zu hoch bezahlte Dienerin des Verkehrs zu sein, nicht eine Censur- und Polizeianstalt.

Wir bitten die Blätter, welche der Freiheit wirklich dienen wollen, um Aufnahme dieser Klage und werden von nun an jede einzelne Beschwerde veröffentlichen.

Frankfurt a. M., den 14. Juli 1848.

Die Redaction und Verlagsabhandlung der deutschen Reichstags-Zeitung.

Ehrlingen, 25. Juli. Bei der heute abgehaltenen Versammlung der vaterländischen und Volksvereine hat der hauptvaterländische Verein in Stuttgart eine Niederlage erlitten, die er jetzt durch eine Appellation an die Mehrheit des Volks ohne Zweifel — noch glänzender machen wird.

Politische Nachrichten.

Notte weil, 22. Juli. Die württembergischen Truppen sind aus Baden zurückgezogen, und liegen seit zwei Tagen zwischen hier und Tuttlingen. Sie befinden sich, wie man sagt, in Folge vielfacher Aufreizungen in Baden, in sehr empfindlicher Stimmung, und machen ihrem Unmuth zuweilen auf eine Art Luft, die ansieht, als ob ihnen ein Crawl eben recht wäre. In Deisingen wurde im Wirtshaus das dahängende Porträt von Hecker nebst Anderem zerrümmert, hier wurde von einem Schwäben ein Bürger festgenommen und auf die Wache geführt, weil er in wahrscheinlich betrunkenem Zustande von Soldaten, die mit der Kost unzufrieden waren, das Wort „Krautsch...“ gebraucht habe.

Einem Wirth, der über Hecker's Bild zwei Pistolen hängen hat, ließ man — von militärischer Seite — rathe, er solle die Pistolen wegstehn.

Abgesehen von letzterer Heckererei möchte ich fragen, mit welchem Recht ein Soldat, der nicht auf dem Wachposten steht, oder in Patrouille geht, einen Bürger, und dazu wegen eines bloßen spöttischen Ausdrucks, festnehmen darf? Und was geschieht ihm, wenn dieser Bürger wegen solcher Eigenmächtigkeit klagt?

Wenn auch nicht von großer Bedeutung, so ist es doch ein gesetzwidriger Eingriff in die persönliche Freiheit, gleichwie der rohe Ausbruch des Wergers in Deisingen ein Eingriff in das Eigentumsrecht (wo nicht ein Landfriedensbruch), und gerichtlich strafbar ist. Wie viele solcher Dinge müssen noch der Presse gemeldet werden, bis das Kriegsministerium bessere Maaßregeln hält?

Schleswig-Holstein. Es bestätigt sich die Nachricht, daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark abgebrochen sind und daß an einen Frieden nicht sobald zu denken ist. Auch wird versichert, die Dänen hätten von Rußland keine Hilfe zu erwarten, denn der Czar habe ihrem Gesandten ausdrücklich bemerkt, sie könnten nichts Besseres thun, als die englischen Vorschläge annehmen; im Uebrigen habe ein aus dem Pöbel hervorgezogenes demagogisches Ministerium, wie das dänische, die Sympathie Rußlands nicht. Der König von Dänemark selbst kündigt sich

um all diese Angelegenheiten sehr wenig. Im Kreise seiner Trinkgenossen macht er sich über seinen Staatsrath lustig und der Staatsrath weist dem Könige die Thüre, indem er ihm bedeutet, es wäre besser, wenn er den Staatsrath mit seiner Gegenwart verschonen würde, worauf der König ruhig erwiedert: „Geben Sie sich keine Mühe, ich verlese und verfidere Sie, daß ich herzlich gern von dieser langweiligen Unterhaltung besreit bin.“ Das ist ein müßiger König. (E. a. d. D.)

Wien. In einer der letzten Sitzungen des Wiener Ausschusses wurde ein Vorfall besprochen, der Aufsehen erregte. Ein Kammerdiener des Kaisers, Namens Kraus, hatte in Innsbruck Nachricht von seiner in Wien lebenden Frau erhalten. Sie schrieb ihm, daß weder Schönbrunn noch die Kaiserburg in Wien (wie die Hofkamarilla dem Kaiser Ferdinand weis machen wollte) in Trümmern sei, vielmehr sei in Wien Alles ruhig. Der Kaiser hatte sich diesen Brief vorlesen lassen und bei Tisch davon gesprochen. Nachmittags ward Kraus als irrfinnig seines Dienstes entlassen, weil die Kamarilla seine Nähe für gefährlich hielt. (E. a. d. D.)

Berlin. In gutunterrichteten Kreisen glaubt man allgemein, der Prinz von Preußen werde nächstens zum Reichsoberfeldherrn ernannt werden. Es wäre das eine Genugthuung für den preussischen Nationalstolz, der nun einmal darauf verfallen ist, sich selbst das Schwert Deutschlands zu nennen. Auf diese Weise, denkt man in Frankfurt und Berlin, könnten die preussischen Sonderbundsgefühle überwunden und die bedrohliche Einigkeit dennoch erzielt werden. Kurioser Zeitumichung? Vor wenigen Wochen war der Prinz von Preußen noch ein Reactionsgepenkt, und jetzt hofft man nicht einmal mehr, ohne ihn auskommen zu können. Das haben wir bei der Wahl des Erzherzogs Johann, dessen persönlichem Charakter wir übrigens unser volles Vertrauen schenken, gleich gedacht. Der A sagt muß auch B sagen. (E. a. d. D.)

In München schaffen sie jetzt das Hutabnehmen ab und begeben sich auf der Straße ganz wie die Soldaten es thun. Die Sache findet Anklang und trägt auch etwas ein, zwar nicht den Hutabnehmern, aber der deutschen Flotte, denn der Antihutabnehmungsverein gibt seinen Mitgliedern messingene Marken an den Hut, worauf steht „Gott zum Gruß“ und eine solche Marke kostet 18 kr., deren Ertrag hälftig für die deutsche Flotte bestimmt ist, hälftig aber für die Armen.

Darmstadt, 24. Juli. Die Deputation der gestrigen Volksversammlung von Kranichstein, wegen Einberufung einer constituirten Versammlung, hat gestern ihren Auftrag erfüllt und dem Großherzog die Adresse überreicht. Der Großherzog hat versprochen, diese wichtige Angelegenheit in reifliche Erwägung zu ziehen. Bei der Unterhaltung sprach er sich sehr entschieden gegen jede Verkümmern des Associations-Rechtes aus. Ein Mitglied der Deputation bemerkte, daß man auf Seiten der tumultuirenden Partei ziemlich viele Beamte gesehen hätte. Wir wünschen auch, daß der Großherzog über die angelegliche Configuration der Truppen Bericht einforderte (N. D. 3.)

Darmstadt, 25. Juli. So eben läuft die Nachricht dahier ein, daß in der vorigen Nacht zu Zwingenberg Unruhen mit Brand ausgebrochen seien. Als veranlassende Ursache der nächtlichen Aufbeßörung werden schwere Forststrafen angeführt, welche die Schuldigen ganz außer Fassung gebracht hätten. Die Bürgergarde des Städtchens, setzt man hinzu, haben gegen die Tumultuanten einen harten Stand gehabt und es habe bei dem Straßenkampfe, wenn auch keine Todte, doch aber eine Anzahl Verwundete gegeben.

Darmstadt, 23. Juli. In der Kürze wird hier ein öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren mit Schwurgerichten eingeführt werden. Möchte die württembergische Regierung diesem Beispiele und einem eifrigen Wunsch des Volkes ebenfalls in Bälde nachkommen!

Baden. Indem die badische Regierung die demokratischen Vereine aufgelöst hat, so erklärt sie als Grund dieser Maßregel einfach, daß es unzulässig und verderblich erscheine, wenn durch die Kraft der Association das ganze Staatsgebäude erschüttert werde. Sie schiebt doch den Vereinen keine denselben fremde Tendenzen als Grund der Auflösung unter.

Ende

Anfang